

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
169 · Ausgabe SO · April 2017



2. WAHLGANG REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM 23. APRIL 2017

SP: 100 Jahre in der Regierung – Zeit für eine Frau

«VOR GENAU 100 JAHREN WURDE MIT HANS AFFOLTER (ABBILDUNG RECHTS) DER ERSTE SOZIALDEMOKRATISCHE REGIERUNGSRAT IM KANTON SOLOTHURN GEWÄHLT. DIE SP-VERTRETER (BISHER WAREN ES NUR MÄNNER) HABEN IN DER SOLOTHURNER REGIERUNG ANERKANNTERWEISE GUTE ARBEIT GELEISTET. EINIGE VON IHNEN WURDEN ZU PRÄGENDEN FIGUREN DER EIDGENÖSSISCHEN POLITIK, WIE ETWA JACQUES SCHMID ODER WILLI RITSCHARD. ALS REGIERUNGSRATSKANDIDATIN DER SP IST ES FÜR MICH EINE GROSSE EHRE, ABER AUCH VERPFLICHTUNG, TEIL DIESER GESCHICHTE ZU SEIN.»

Dies schrieb Susanne Schaffner auf ihrer Facebookseite www.facebook.com/susanneschaffnerhess/

In wenigen Tagen entscheidet die Solothurner Stimmbevölkerung im 2. Wahlgang, welche zwei Frauen künftig in der Regierung Platz nehmen. Dies gab es in der Solothurner Regierung noch nie – nämlich zwei Frauen aufs Mal. Und noch nie wurde eine SP-Frau gewählt. Doris Aebi (1997) und Christine Bigolin (2009) haben eine Wahl, trotz engagiertem Einsatz, nicht geschafft. Jetzt haben wir es mit Susanne Schaffner in der Hand. Einerseits soll damit die 100-jährige Tradition weitergeführt werden und andererseits eine neue beginnen, nämlich mit einer starken SP-Frau in der Solothurner Regierung.

Den Ausschlag geben die Stimmbevölkerung und die SP

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder unterstützen Susanne Schaffner mit allen Kräften durch eine sicht- und spürbare Kampagne,

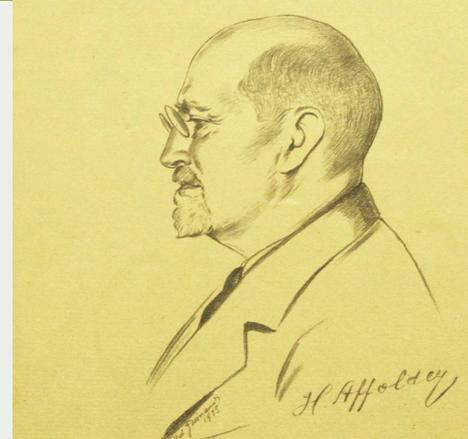


Niklaus Wepfer,
Parteisekretär

grosszügige Spenden und Engagement auf der Strasse. Für die Wahl reicht dies jedoch noch nicht und es ist alles andere als klar, ob die SP – und damit 21,6% der Wählenden – in der bevorstehenden Legislatur weiterhin in der Regierung vertreten sind. Unsere Botschaft muss sein: Nach Peter Gomm braucht es weiterhin das soziale Gewissen in der Regierung. In der Hand hat es die Stimmbevölkerung und wir, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten!

Sie kennt den Kanton und kämpft für die Schwächeren

Schaffner war Präsidentin der Finanzkommission und Kantonsratspräsidentin, daher kennt sie den Kanton mit seinen wichtigen Randregionen sehr gut. Der Kampf für Schwächere steht für die Präsidentin der Patientenstelle AG/SO im Zentrum: «Was nützen uns Steu-



ergeschenke an die Unternehmen, wenn kleinere und mittlere Einkommen immer mehr Lasten tragen müssen.»

Engagiert seit Jahren

Susanne Schaffner ist seit 20 Jahren Anwältin mit Leib und Seele. Ebenso engagiert ist sie in der Politik und als Präsidentin der Fachkommission Behinderung oder als Vizepräsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands in Olten. Diese grosse berufliche und politische Erfahrung will sie als Regierungsrätin nutzen für einen attraktiven, sozialen und ökologischen Kanton Solothurn.

Danke für die Unterstützung.

NEIN ZUR KANTONALEN VOLKSINITIATIVE GEGEN DEN LEHRPLAN: ABSTIMMUNG AM 21. MAI 2017

www.bildungsbremse-so-nein.ch

MIT DEM ZIEL «HARMONISIERUNG DER VOLKSSCHULE» HABEN DIE SCHWEIZER STIMMBÜRGER 2006 DEM BILDUNGSARTIKEL DER BUNDESVERFASSUNG, MIT AUSSERGEWÖHNLICH GROSSEM MEHR ZUGESTIMMT. DIE SP KANTON SOLOTHURN ERACHTET EINEN GEMEINSAMEN DEUTSCHSCHWEIZER LEHRPLAN ALS GEWICHTIGEN BAUSTEIN FÜR DAS BESTREBEN, DAS SCHWEIZER SCHULSYSTEM ZU HARMONISIEREN. DARUM UNTERSTÜTZT SIE GRUNDSÄTZLICH DIE EINFÜHRUNG DES LEHRPLANS 21 UND BEANTRAGT DEN DELEGIERTEN AM PARTEITAG AM 27. APRIL DIE NEIN-PAROLE ZUR VORLIEGENDEN VOLKSINITIATIVE.



Mathias Stricker,
Kantonsrat aus Bettlach
mathias.stricker@bluewin.ch

In unserer mobilen und von der Globalisierung geprägten Gesellschaft behindern kantonseigene Bildungspläne die Schule in ihrer Entwicklung. Die Kompetenzorientierung – wie sie der Lehrplan 21 vorsieht – wird begrüsst, weil damit das Wissen mit dem Handeln verknüpft werden kann und somit der Lernstoff greifbarer und besser verstanden wird. Es spielt für das Ziel der Schule keine Rolle, ob man von Lernzielen, Inhalten oder Kompetenzen spricht. Am Ende der Schule ist entscheidend, was die Kinder und Jugendlichen gelernt haben – also was sie können. Oder anders gesagt, ob sie bereit sind, die Fragestellungen, um die im gesellschaftlichen und beruflichen Leben auf sie zukommen, zu bewältigen.

Methodenfreiheit bleibt gewährleistet

Ein Lehrplan ist ein Leitfaden und ein Planungsinstrument für die Lehrpersonen und umschreibt Ziele, die im Schulunterricht erreicht werden sollen. In erster Linie dient er

auch als Orientierung für die Lehrmittelenwicklung. Der Lehrplan 21 enthält wie bisher Inhalte, Wissen und Fertigkeiten; das Wissen und die fachliche Bildung bleiben zentral. Der Schule wird eine zentrale Rolle bei der Unterrichtsorganisation, der Wissensbildung und der Begleitung des Lernens zugeordnet. Der Lehrplan 21 unterstützt die Eigenständigkeit der Lehrpersonen, denn die Methodenfreiheit bleibt gewährleistet. Die Berufsbildung arbeitet bereits seit Jahren kompetenzorientiert und auch in den Schulen ist man mit der Verknüpfung von Wissen und Lernzielorientierung schon lange auf dem Weg dazu.

Initiative verpolitisiert die Schule

Die Forderungen der Volksinitiative sind kontraproduktiv, da sie einerseits die Weiterführung einer bewährten Praxis (Fachbereiche Sek1) und andererseits sinnvolle Weiterentwicklungen (zyklenweise Kompetenzbeschreibungen, Zusammenarbeit Kindergarten und Unterstufe) verhindert. Zudem verpolitisiert die Initiative die Schule, da die Kompetenz zur Einführung von Bildungsplänen an den Kantonsrat delegiert würde.

Alternative wäre ein eigener Lehrplan – mit Folgen

Eine Annahme der Volksinitiative würde bedeuten, dass der Kanton Solothurn mit dem

veralteten Lehrplan 92 weiterarbeiten oder einen eigenen, neuen Lehrplan erarbeiten müsste. Der Kanton Solothurn müsste künftig eigene Lehrmittel entwickeln, da die neuen Lehrmittel kompetenzorientiert aufgebaut sind und deshalb mit dem Solothurner Lehrplan nur schwer vereinbar wären. Weiter wäre die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen betroffen, da für die Solothurner Lehrpersonen eigene Module und Kurse geschaffen werden müssten. Dies wäre alles mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden.

Würde der Kanton Solothurn in Sachen Lehrplan einen Extrazug fahren, wären seine Schulen weit weniger kompatibel mit denjenigen anderer Kantone, und ein Kantonswechsel würde den Schülerinnen und Schülern noch grössere Schwierigkeiten bereiten als heute.

Die SP-Gremien empfehlen ein Nein

Die Initiative ist aus Sicht des SP-Fachausschusses «Bildung», der Geschäftsleitung und der Fraktion abzulehnen, weil sie die Weiterentwicklung der Schule zu einer modernen, fortschrittlichen Volksschule formell behindert. Die Entwicklung der Schule, die sich nach den Anforderungen der Gesellschaft richtet (z.B. Informatische Bildung), hat schon längst begonnen und wird mit dem Lehrplan 21 nur noch festgehalten. Mit dieser Initiative schadet man der Schule, aber insbesondere den Schulkindern, die auf ein Leben in der heutigen und zukünftigen Gesellschaft vorbereitet werden sollen. Die Initiative führt in die bildungspolitische Isolation und macht den Kanton Solothurn für Familien und Unternehmen unattraktiv.

Nein
zur schädlichen Volksinitiative

21. Mai 2017

JA zum Lehrplan 21 bildungsbremse-so-nein.ch

KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN VOM 12. MÄRZ 2017

Die SP gewinnt 4 Sitze – und neue Mitglieder

NACH DER «ROTEN KARTE» DER STIMMBEVÖLKERUNG GEGEN DIE USR III UND GEGEN DIE BÜRGERLICHE ELITE HAT NUN DAS WAHLVOLK GESPROCHEN UND DIE ZUSAMMENSETZUNG DES PARLAMENTS FÜR DIE NÄCHSTEN 4 JAHRE BESTIMMT. IM REGIERUNGSRAT KOMMT ES ERWARTUNGSGEMÄSS AM 23. APRIL ZU EINER 2. RUNDE. DIE SP HAT SICH DAFÜR MIT SUSANNE SCHAFFNER AUF DEM 4. PLATZ EINE SEHR GUTE AUSGANGSLAGE GEHOLT.

Die Sozialdemokratische Partei hat dank phantastischer Mitarbeit aller Mitglieder eine sehr gute Wahlkampagne hingelegt. Diese beruhte auf verschiedenen Pfeilern: Dachkampagne der Kantonalpartei, Basis-kampagne, Wahlplattform und hohe Präsenz. Die konsequente Planung und Durchführung dieses Konzepts hat sich auszbezahlt. Das Ziel der SP war immer ein Zuwachs beim Wähleranteil und an Sitzen. Dieses Ziel hat die SP erreicht.

SP erfreut über Zugewinne

Bereits bei den nationalen Wahlen im Jahr 2015 konnte die SP wieder zulegen. Dieser Trend geht mit den kantonalen Wahlen vom 12. März weiter. So konnte die Partei in allen Wahlbezirken ihre Wähleranteile erhöhen: Insgesamt über den Kanton hinweg um 2,5 %, woraus 4 Sitze mehr im Kantonsrat resultierten – in der Amtei Solothurn-Lebern

1 Sitz mehr, in Olten 2 Sitze und in Dorneck-Thierstein 1 zusätzlicher Sitz. Diese Zugewinne gehen einher mit dem kontinuierlichen Mitgliederzuwachs, einer aktiven und treuen Basis sowie einer guten Organisation.

Gut für Solothurn

Die SP geht gestärkt in die bevorstehende Legislatur und wird sich uneingeschränkt für die Anliegen von allen einsetzen, sie betreibt keine Klientelpolitik und übernimmt Verantwortung. Die Bevölkerung hat Vertrauen in die SP und stützt deren Forderungen:

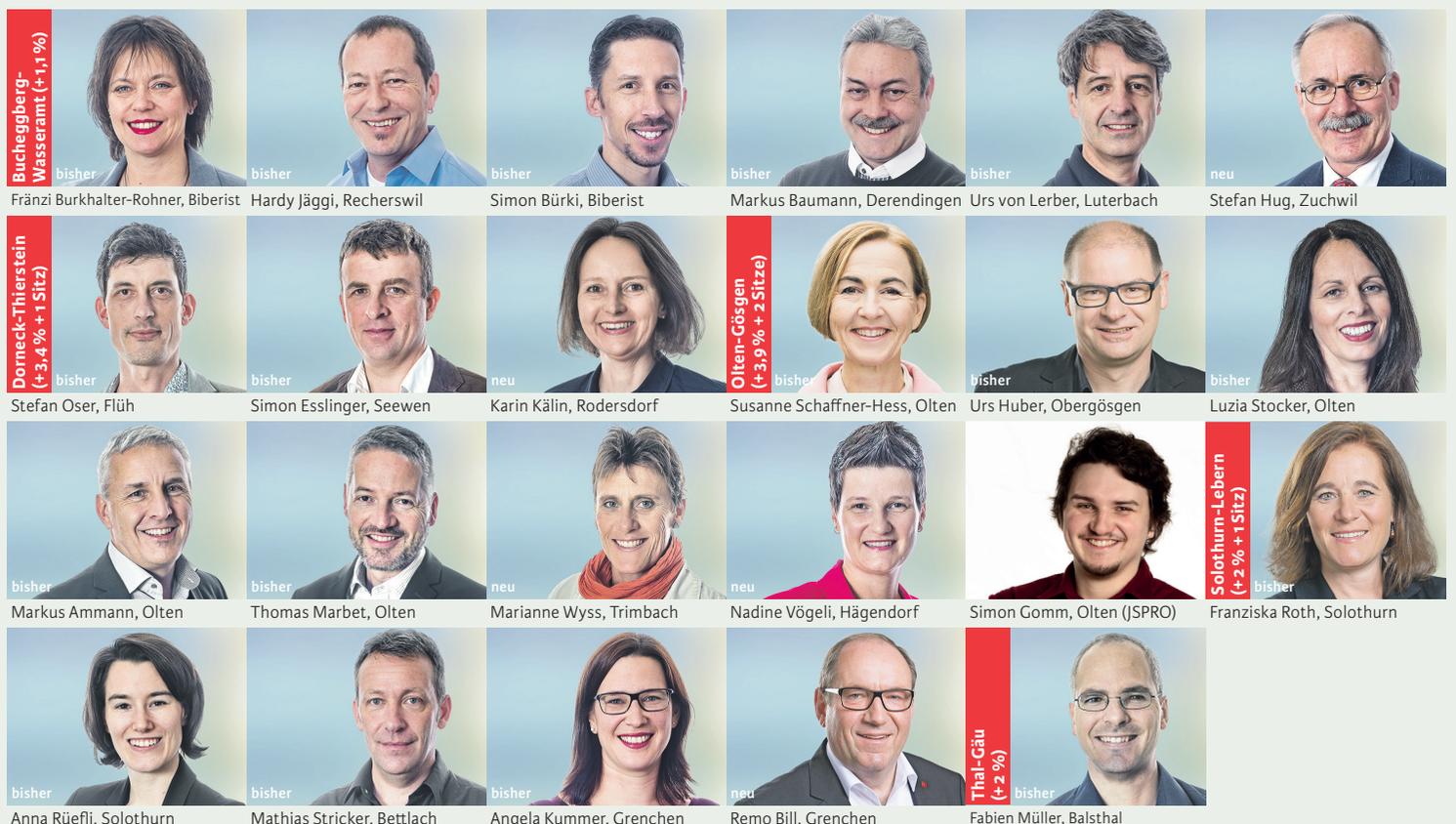
- Bezahlbare Krankenkassenprämien
- Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien
- Bezahlbare Aufenthalte in Tagesheimen/ Tagesstätten
- Bedarfsgerechte Tagesstrukturen
- Ausreichende hausärztliche Versorgung in allen Regionen

- Gleiche Chancen für alle Auszubildenden
- Volksschule stärken und gute Grundbildung für alle
- Duales Bildungssystem fördern
- Gleicher Lohn für Mann und Frau
- Arbeitsplätze schützen
- Tiefere Steuern für kleine und mittlere Einkommen
- Keine Steuerbefreiung für Unternehmen als Lockinstrument
- Keine Steuergeschenke für Reiche
- Kein Abbau beim Service Public
- Boden schützen und die Zersiedelung stoppen
- Im öffentlichen Verkehr ein einheitliches Tarifsystem
- Umsetzung der Energiestrategie 2050
- Umwelt schonen

Die SP dankt allen Kandidierenden aus allen Regionen für ihr grosses Engagement. Während Wochen und Monaten haben sich alle an unserer Kampagne beteiligt und dazu beigetragen, dass die SP gestärkt wurde – auch gegen innen. Das macht Freude!

Niklaus Wepfer

Die gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräte der SP und jungen SP Region Olten – Herzliche Gratulation zur Wahl



SyriAid

Hilfe für Syrien

www.syriaid.ch

Sammelstelle

in 4513 Langendorf Rüttenenstrasse 9

Offen jeweils Dienstag 14 -15 Uhr und Samstag 10-11 Uhr
oder
nach Vereinbarung mit Aschi Zwahlen Oberdorf
079 250 38 57 mündlich oder per SMS

SP-Plausch-Fussballturnier

Sonntag, 11. Juni 2017, Bifang Olten
Mannschaften mit 6 Spieler/innen.
Gespielt wird auf kleinem Feld.

Der Plausch steht an erster Stelle
Anmeldungen an:

urs.huber@sev-online.ch

Veranstalter: SP Stadt Olten und
der Amtei Olten-Gösgen, Junge
SP Region Olten

AGENDA

23. April 2017

Entgegennahme der Wahlergebnisse des 2. Wahlgangs ab 12 Uhr im Restaurant Volkshaus (Parterre) in Solothurn.

27. April 2017

Kantonaler Parteitag in Grenchen

Themen: Pro und Kontra zum Lehrplan 21 und zur Energiestrategie 2050 (siehe www.sp-so.ch)

1. Mai 2017

Anlässe im Kanton Solothurn

Balsthal

14.30 Uhr beim Bürgerhaus, Ansprache von Fabian Müller, Kantons- und Gemeinderat, Balsthal.

Grenchen

16.30 Uhr beim Bahnhof Süd, Umzug zum Marktplatz Grenchen, 17 Uhr Beginn der 1.-Mai-Feier auf dem Marktplatz (bei schlechtem Wetter in der alten Turnhalle Grenchen) mit Reden und musikalischer Umrahmung mit der Jabahe Band, anschliessend Festwirtschaft bis 20 Uhr. Mit Ansprachen von Susanne Schaffner, Regierungsratskandidatin, und Ivano Marraffino, Leiter UNIA Sektion Kanton SO.

Olten

13.20 Uhr beim Bifangplatz, Umzug durch die Stadt in die Schützenmatte, Ansprachen von Urs Huber, SEV-Sekretär und Kantonsratspräsident, und Sandra Vögeli, syndicom, Zentralsekretärin Jugend. Fest und Musik, Robinsonspielplatz, italienische Küche, Tom-bola, Sangria, Bar, ab 18 Uhr «Joe Le Funk» – italo funk rock pop, Festbetrieb bis 22 Uhr.

Solothurn

14.45 Uhr beim Gewerbeschulhaus, 15 Uhr Abmarsch Demonstrationsumzug, 15.30 Uhr Solidaritätsfest in der Fischergasse. Anschliessend Reden von Franziska Roth, Präsidentin SP Kanton SO, VPOD und VertreterInnen des 1.-Mai-Komitees Solothurn. Rap und Hip Hop mit «Doppia Erre». Speis und Trank und Solifest zwischen Kreuz und Jugi. Ab 21 Uhr traditionelle 1.-Mai-Benefizdisco im Kreuzsaal bis um 2 Uhr.

5./13. Mai 2017

Willi-Ritschard-Bildungsveranstaltung

1. Juni 2017

Aktuelles aus Bern, in Biberist

11. Juni 2017

Plausch-Fussballturnier in Olten, siehe Hinweis oben

Die Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung, die Lehrerschaft oder auch das Personal der Solothurner Spitäler AG sind zwingend bei der kantonalen Pensionskasse (PKSO) versichert. Das trifft auf die Organisationen mit Anschlussvertrag nicht zu (wie z. B. Einwohnergemeinden, Zweckverbände oder auch Institutionen im Alters- und Behindertenbereich). Sie können ihre Verträge kündigen. Dies haben leider bereits einige Gemeinden und Einrichtungen gemacht. Mit jedem Austritt nimmt das Risiko für die verbleibenden Anschlussmitglieder und Versicherte zu. Weniger Versicherten bedeutet auch ein reduziertes Vorsorgekapital, das für die Erreichung der Sollrendite zur Verfügung steht. Diese negative Entwicklung bereitet mir Sorgen.

Leider stehen den Abgängen keine Zugänge gegenüber. Dazu kommt, dass die aktuellen Anschlussverträge der PKSO es zulassen, dass Unternehmen mit Anschlussvertrag nur mit den aktiv Versicherten die Kasse wechseln können. Damit nimmt der Rentneranteil in der PKSO überproportional zu. Das Risiko verbleibt beim Kanton. Das darf nicht sein.

Die Leistungen der kantonalen Pensionskasse reichen anscheinend heute nicht mehr, um im Wettbewerb genügend attraktiv zu sein. Daher habe ich eine umfassende Interpellation zum Handlungsbedarf eingereicht, die u. a. Fragen stellt zur Gesamtstrategie: Status quo oder flexible Anschlussverträge wie in anderen Kantonen. Zudem könnte mit verschiedenen

MEIN STANDPUNKT

Simon Bürki, Kantonsrat aus Biberist
simon-buerki@bluewin.ch



wählbaren Anlagestrategien und Leistungsangeboten die Attraktivität und Flexibilität für die Anschlussmitglieder erhöht werden. Bei der Präsentation des Geschäftsberichts 2016 liess die PKSO durchblicken, dass ein Strategieprozess eingeleitet werde um u. a. über eine «Individualisierung der Anlagestrategie» zu diskutieren. Zudem ist eine Arbeitgebtertagung für ange-schlossene Mitglieder geplant, um einer weiteren Abwanderung von Einwohnergemeinden oder anderen Organisationen zu begegnen. Dies zeigt, dass meine Interpellation bereits Wirkung gezeigt hat. Das freut mich. Die PKSO muss gestärkt werden: Im Interesse aller Versicherten, des Kantons und der Steuerzahler!